



adis e.V.

Antidiskriminierung · Empowerment · Praxisentwicklung

Social Distancing vor dem Hintergrund sozialer Ausgrenzung

Diskriminierungskritische Fragen zum Umgang mit der Corona-Krise¹

Auf den ersten Blick macht der Virus alle gleich. Alle können sich anstecken und erkranken. Statistisch in Lebensgefahr sind vor allem Ältere und Menschen mit Vorerkrankungen, aber auch die kommen aus allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus. Sie sind Angehörige, Freund*innen und Nachbarn. Der Virus unterscheidet dabei nicht zwischen arm und reich. Herkunft, Hautfarbe, geschlechtliche Identität, sexuelle Orientierung und auch viele Formen von Behinderung interessieren ihn nicht.

Eben weil bestimmte Risikogruppen besonders gefährdet sind, sind alle – auch die, die selbst kaum gefährdet sind – aufgefordert, ihren Teil dazu beizutragen, die Ausbreitung des Virus einzudämmen. Es geht darum, in einer solidarischen Anstrengung die Ansteckungskurve so abzuflachen, dass das Gesundheitssystem in der Lage ist, die Erkrankten zu versorgen. Um das zu erreichen müssen Begegnungen zwischen Menschen so weit wie möglich begrenzt werden.

Die Krise betrifft „uns“ also alle. Doch betrifft sie uns alle gleich? Müssen wir nicht skeptisch sein, wenn mediale Diskurse dieses „Wir“ in den Mittelpunkt stellen? Welche Differenzen werden darin unsichtbar gemacht? In unserer Arbeit erleben wir, dass die Maßnahmen, die für alle gleich durchgeführt werden, für alle ganz unterschiedliche Auswirkungen haben. Der Virus macht uns nicht gleicher. Er vergrößert bestehende Ungleichheiten. Die Krise überdeckt andere Krisen nicht, durch die Krise werden bereits bestehende Krisen sichtbar.

Wir² haben angesichts dieser für uns alle völlig neuen Situation keine Antworten, aber wir haben Fragen. Wir haben keine einfachen Lösungen, sondern wollen Widersprüche und Ambivalenzen aufzeigen, auch Dilemmas, vor denen wir in unserer eigenen Arbeit stehen.

Mit diesem Text³ wollen wir unsere eigenen Versuche teilen, quer zu denken. Dies ist das, was wir mit unserem Wissen und unserer Erfahrung im Moment beitragen können. Dabei greifen wir Gedanken und Impulse von anderen auf, die an anderen Orten ebenfalls gegen den Strom denken. Wie viele stehen wir dabei am Anfang. Wir wollen daher von den Erfahrungen der letzten Wochen in

1 Der Text wurde Mitte März 2020 zu Beginn der Corona Pandemie in Deutschland mit dem Untertitel „Diskriminierungskritische Fragen und Quergedanken zum Umgang mit der Corona-Krise“ veröffentlicht. Der Begriff Quergedanken im Titel stand in keiner Beziehung zu der später entstandenen Querdenker-Bewegung. Trotzdem haben wir uns entschieden, den Untertitel zu ändern, um Missverständnisse zu vermeiden.

2 adis e.V. ist Träger der professionellen Antidiskriminierungsarbeit in der Region Tübingen/Reutlingen und Fachstelle zum Thema Diskriminierung in Baden-Württemberg, siehe auch www.adis-ev.de.

3 Dieser Text entstand in einem Diskussionsprozess im Team von adis e.V.. Er wurde relativ spontan in den letzten Tagen geschrieben und unterliegt damit der doppelten Gefahr, dass manches zu schnell formuliert, anderes angesichts der aktuellen Halbwertszeit alles Geschriebenen schon wieder überholt sein mag. Wir hoffen, dass er trotzdem zum Nach- und Mitdenken anregt.

unserer Praxis der Antidiskriminierungsarbeit ausgehen. Wir wollen die Stimmen der Gruppen, mit denen wir arbeiten, aufgreifen. Stimmen, die in der öffentlichen Diskussion kaum Raum finden.

Wir möchten mit dem Text auch die Bedürfnisse und Interessen der Gruppen sichtbar machen, die von der aktuellen Krise in besonderer Weise betroffen sind. Diese Wahrnehmung und konkrete Berücksichtigung dieser Differenz betreffen die Organisation der Arbeit in unserem heterogenen Team (Kap. 3), genauso wie die Gestaltung unserer alltäglichen Antidiskriminierungsarbeit (Kap. 1 und 4). Da war zuerst die unmittelbare⁴ Diskriminierung von Menschen, die als „asiatisch“ wahrgenommen wurden und deswegen Ausgrenzung und verbale und nonverbale Gewalt erlebt haben (Kap. 1). Als nächstes waren wir damit konfrontiert, dass Gruppen, mit wir arbeiten immer mehr von mittelbaren Diskriminierungen angesichts der zunehmenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens getroffen wurden (Kap. 2) und wie in unserer Arbeit darauf reagieren wollten (Kap. 4).

Wir wollen unsere Erfahrungen aber auch weiterdenken für die politische und institutionelle Umsetzung von Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie vor dem Hintergrund der beschriebenen Heterogenität. Was ist ein Notfall? Wer braucht eine Notversorgung? Wer braucht einen Rettungsschirm (Kap. 5)? Aber auch fragen, welche Auswirkungen die Krise vor dem Hintergrund der neoliberalen Zurichtung der Gesellschaft haben wird (Kap. 6). Schließlich fragen wir uns, was Solidarität angesichts der Renaissance des Nationalen bedeutet kann (Kap. 7).

1. Wie können wir rassistische Diskriminierungen angesichts der Corona-Krise zurückweisen?

Nachdem zu Beginn der Corona-Krise das Thema stark mit China verbunden war und von den Medien („die gelbe Gefahr“) auch lange Zeit damit verbunden wurde, erlebten Menschen, die als chinesisch wahrgenommen wurden, vermehrt direkte rassistische Angriffe. Eine vergleichbare Reaktion wäre nicht zu erwarten, wäre der Virus beispielsweise in Australien zuerst ausgebrochen. Offenbar waren und sind in der Gesellschaft auf China und/oder Asien bezogene rassistische Bilder mehr oder weniger latent vorhanden, die hier sofort mobilisierbar waren.

Die betroffenen Menschen haben zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht auf unser Angebot der Antidiskriminierungsberatung zurückgegriffen. Sie kannten unser Beratungsangebot und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz nicht, ein Problem, das wir in Bezug auf viele Gruppen kennen, die von Diskriminierung betroffen sind. In Vorbereitung eines gemeinsamen Pressegesprächs machte der Verein chinesischer Studierender und Wissenschaftler*innen in Tübingen eine Onlineumfrage, in der von ca. 400 angeschriebenen Personen nach fünf Tagen 52 Personen von zum Teil mehrfachen Diskriminierungserfahrungen aufgrund des Corona-Virus berichteten. Gemeinsam mit der LAG Antidiskriminierungsberatung Baden-Württemberg haben wir eine Pressemitteilung herausgegeben⁵ und ein Pressegespräch veranstaltet. Der Verein produziert – nachdem Veranstaltungen nicht mehr

⁴ Nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz liegt eine unmittelbare oder direkte Diskriminierung vor, wenn eine Person in einer vergleichbaren Situation eine weniger günstige Behandlung als eine andere Person erfährt, wenn also zum Beispiel eine Person aufgrund ihrer nationalen Herkunft nicht angestellt oder mit Hinweis auf die Hautfarbe nicht in ein Lokal eingelassen wird.

Eine mittelbare oder indirekte Diskriminierung liegt vor, wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren Personen mit einer bestimmten Religion oder Weltanschauung, einer bestimmten Behinderung, eines bestimmten Alters oder mit einer bestimmten sexuellen Ausrichtung gegenüber anderen Personen in besonderer Weise benachteiligen können, es sei denn diese Vorschriften, Kriterien oder Verfahren sind durch ein rechtmäßiges Ziel sachlich gerechtfertigt, und die Mittel sind zur Erreichung dieses Ziels angemessen und erforderlich. Eine mittelbare oder indirekte Diskriminierung liegt also zum Beispiel vor, wenn es keine Aufstiegsmöglichkeiten für Teilzeitarbeitende gibt, diese jedoch überwiegend von Frauen ausgeführt wird. Oder wenn „muttersprachliche Deutschkenntnisse“ als Einstellungsvoraussetzung verlangt werden und nicht „sehr gute Deutschkenntnisse“. Indirekte Diskriminierungen sind häufig nicht einfach aufzudecken und nachzuweisen. Wenn statistisch belegt werden kann, dass eine Regelung oder Maßnahme eine spezifische Gruppe von Menschen zahlenmäßig häufiger benachteiligt und die Ungleichbehandlung eine gewisse Intensität erreicht, liegt eine rechtlich nicht zulässige Diskriminierung vor.

möglich waren - ein Video, das die Community über Möglichkeiten informieren soll, sich gegen Diskriminierung zu wehren⁶. Die meisten Institutionen und Behörden waren in der Zwischenzeit schon so mit dem Corona-Virus selbst beschäftigt, dass dieses Thema kaum Beachtung fand. Dabei wäre es auch für sie einfach gewesen, öffentlich darauf hinzuweisen, dass rassistische Diskriminierungen nicht geduldet werden. Auch wenn es zwischenzeitlich einen Rückgang der Vorfälle gegeben haben sollte, nachdem Italien und andere Länder stärker in den Fokus gelangten, so nimmt in den letzten Tagen bspw. in der US-amerikanischen Politik die auf China bezogene rassistische Rhetorik wieder zu. Gleichzeitig mehren sich von dort Berichte über weitere Übergriffe.

2. Warum vergrößert die Krise soziale Ungleichheit?

Mit zunehmender Ausbreitung des Virus in Europa und auch in Deutschland waren wir mit anderen Formen von Diskriminierung konfrontiert, die auch Solidarität komplizierter machen.

Zunächst sei erwähnt, dass in der schleppenden Reaktion auf die Ausbreitung des Virus bereits eine Abwertung des Lebens von alten, kranken und behinderten Menschen sichtbar wird. Mit dem Argument „die jährliche Grippewelle tötet auch zigtausende Menschen“ wurden schnelle Maßnahmen gegen das Corona-Virus als übertrieben charakterisiert. Dass alte und kranke Menschen ‚halt eher sterben‘, wird als gegeben hingenommen, anstatt sich zu fragen, ob nicht auch hier schon jedes Jahr mangelnde Solidarität im Spiel ist, wenn Menschen ohne Vorerkrankungen mit Infekten zur Arbeit und unter Menschen gehen und gefährdete Personen sorglos anstecken. In den ersten Berichten aus Italien, wo medizinisches Personal entscheiden musste, wer noch beatmet und behandelt werden soll, wenn die Ressourcen nicht für alle reichen, wurde zunächst wie selbstverständlich die vermutliche Lebenserwartung herangezogen. Dass in solchen Situationen keine guten Entscheidungen mehr getroffen werden können, ist der Grund, warum wir jetzt mit aller Kraft versuchen, die Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden.

Die inzwischen ergriffenen offiziellen Empfehlungen und Maßnahmen zur Bekämpfung des Virus sind jedoch ebenfalls aus einer eingeschränkten Perspektive formuliert, die die Heterogenität der Lebenswelten übergeht. Nicht alle Stimmen werden gehört, nicht alle Menschen in ihren unterschiedlichen Lebenslagen adressiert und mitgedacht. Manche Perspektiven, Stimmen, ja auch Leben werden wertvoller gemacht als andere. Diese Erfahrung ist Menschen in prekären Lebenslagen, Menschen mit Diskriminierungserfahrungen aus ihrem bisherigen Leben schon bekannt: Exklusion, Silencing („zum Schweigen gebracht werden“) und Unsichtbarmachung. Im schlimmsten Fall wird ihr Lebenswert oder ihre Existenz in Frage gestellt.

Was dies in der konkreten Situation bedeutet, wollen wir im Folgenden beschreiben. Dabei wollen wir nicht in Frage stellen, dass Maßnahmen der körperlichen Distanzierung angesichts der Bedrohung durch den Virus notwendig und unabdingbar sind. Wir wollen zeigen, dass „stay at home“-Aufrufe, Quarantäne-Maßnahmen, Begegnungsverbote und Ausgangssperren nicht für alle Menschen dasselbe bedeuten.

Was ist mit Menschen, die keine Wohnung haben? Mit Menschen, die im Obdachlosenheim leben? Was ist mit Menschen in gewaltvollen Beziehungen? Mit Familien, in denen verschiedene Formen von Gewalt an der Tagesordnung sind? Was ist mit Menschen, die chronisch erkrankt sind und allein leben? Menschen, die psychische Erkrankungen haben und für die Einsamkeit und Isolation unerträglich ist? Was ist mit Menschen in Geflüchtetenunterkünften, die auf sehr beengtem Raum leben müssen? Überhaupt mit Menschen, die aus Gründen der Armut auf sehr engem Raum leben?

⁵ <https://lag-adb-bw.de/2020/03/10/pressemitteilung-aus-angst-vor-dem-virus-darf-keine-diskriminierung-werden/>

⁶ .. wird Ende März veröffentlicht und ist über www.adis-ev.de zugänglich...

Was ist mit all den Menschen in Armut, die jetzt erfahren, dass die Tafeln geschlossen haben oder es sich noch nie leisten konnten große Mengen Lebensmittel einzukaufen? Was ist mit alten Menschen, die nun noch mehr in Isolation geraten? Und den Alleinerziehenden, denen gesagt wird, sie müssen trotz allem auf Arbeit erscheinen? Was ist mit den Sexarbeiter*innen, die in Bordellen leben, Tagesmiete zahlen und nun, da sie keine Einnahmen mehr haben und die Bordelle geschlossen wurden, auf der Straße landen? Den Menschen, die auf der Straße von Spenden (über)leben? Was ist mit Illegalisierten, die oft unbemerkt zum Funktionieren der Gesellschaft beitragen, aber keinen Zugang zum Gesundheitssystem haben?

Die Krise trifft auf eine Gesellschaft, die geprägt ist von machtvollen Differenzen. Die einen leben in materiellem Wohlstand, andere in ständiger existentieller Bedrohung. Die einen wohnen in Gegenden, die von Ruhe, sozialem Abstand und Sicherheit geprägt sind, andere in Gegenden, in denen Stress, Lärm, Enge, Hygienemängel und Bedrohung alltäglich sind. Die einen haben Zugang zu allen möglichen sozialen Dienstleistungen und Bildungsangeboten, für andere ist dieser Zugang mit vielfältigen Barrieren und Einschränkungen verbunden. Die einen haben alle Möglichkeiten, ihre Rechte einzuklagen, anderen wird kaum zugestanden, gegen erlittenes Unrecht vorzugehen. Die einen sind es gewohnt, mitgedacht zu werden, sie nutzen gesellschaftliche Räume mit einer großen Selbstverständlichkeit, anderen wird diese Zugehörigkeit immer wieder in Frage gestellt, ihre Perspektive kommt in der Öffentlichkeit und in den Medien kaum vor. Die einen haben weniger chronische Krankheiten und eine höhere Lebenserwartung, die anderen sind öfter krank und sterben früher.

Diese Unterscheidungen sind nicht nur individuelle Lebensschickale oder Ergebnis individueller Leistungsbereitschaft. Sie haben vor allem mit Ungleichheitsstrukturen zu tun, die Menschen zu Gruppen machen und Lebenschancen entlang dieser Unterscheidungen ungleich verteilen. Die Unterscheidung nach vermeintlicher Herkunft und Hautfarbe ist Rassismus, die Unterscheidung nach Geschlecht Sexismus, die Unterscheidung nach sozialen Milieus Klassismus, die Unterscheidung nach körperlichen, geistigen und psychischen Beeinträchtigungen Ableismus.⁷

Immer wenn Angebote und Maßnahmen, von denen eine gesellschaftliche Teilhabe abhängt, von der Normalvorstellung einer privilegierten Perspektive gedacht sind, besteht die Gefahr, dass sie bestehende Ungleichheiten reproduzieren. So auch die aktuellen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus.

Der öffentliche Raum hat für verschiedene Gruppen eine sehr unterschiedliche Bedeutung. Der erzwungene Rückzug ins Private hat für verschiedene Gruppen sehr unterschiedliche Konsequenzen. Wenn öffentliche Plätze nicht mehr zur Verfügung stehen, macht es einen Unterschied, ob eine geräumige helle Wohnung mit Garten zur Verfügung steht, oder ob die Personen in einer zu engen, zu dunklen Wohnung in einem trostlosen Wohnblock leben. Es macht ebenfalls einen Unterschied, unter welchem Druck die Personen stehen, den sie nun in den (in der Regel nicht eigenen) vier Wänden ohne Ausweichmöglichkeiten (aus)halten müssen. Wie eng Familien oder Lebens- und Wohngemeinschaften zusammenhalten und sich stützen, hängt nicht von der sozialen Lage ab. Aber soziale Prekarität, also die Erfahrung struktureller Ausgrenzung, Armut und Randständigkeit, der tägliche Kampf um ein Leben in Würde⁸, kann auch zu persönlichen und zwischenmenschlichen Spannungen führen. Umso mehr gilt dies für Zwangsgemeinschaften wie Sammelunterkünfte für

⁷ Ausführlicher in Foitzik/Holland-Cunz/Riecke (2019): Praxisbuchdiskriminierungskritische Schule, S.16ff, Download: <https://adisev.de/blog/2018/11/27/praxisbuch-diskriminierungskritische-schule/>

⁸ Ein eindrückliches Dokument einer Familie, die um dieses Zusammenleben in Würde kämpft und angesichts der Lebensbedingungen immer wieder auch daran scheitert, ist der neue Film von Ken Loach „Sorry we missed you“. Er beschreibt darin das Leben einer Familie, in der die Mutter als ambulante Pflegekraft und der Vater als „selbstständiger“ Paketfahrer angesichts eines zunehmend raumgreifenden Arbeitsalltags ihren Kindern, die ihnen alles bedeuten, immer weniger das geben können, was sie brauchen.

Geflüchtete, für Heime für Obdachlose, Frauenhäuser etc. Und es macht auch einen Unterschied, wie - ganz unabhängig vom sozialen Milieu - gewaltvoll oder nicht gewaltvoll der private Raum ist. So gab es sehr schnell Berichte von einer in der Krise steigenden Zahl häuslicher Gewalt und sexuellem Missbrauch. Kann man es zuhause überhaupt aushalten? Wo ist es gefährlicher: zuhause oder im öffentlichen Raum mit der Gefahr der Ansteckung von sich und anderen?

Wenn der öffentliche Raum entzogen wird, wird der virtuelle Raum äußerst bedeutsam. Wer hat hier welchen Zugang? Wer hat welchen Zugang zum Internet, wer die entsprechenden Geräte? Wer kann sich helfen (lassen), wenn die Technik nicht mehr funktioniert?

Wenn das wirtschaftliche Leben immer mehr zum Erliegen kommt, wer wird zuerst darunter leiden? Wer hat welche Reserven, wer welche familiären Netze? Die neoliberalen Umwälzungen in der Arbeitswelt in den letzten Jahrzehnten haben immer mehr Menschen in prekäre Arbeitsverhältnisse gebracht. Ein wachsender Niedriglohnsektor, Leiharbeit, Minijobs, mehr oder weniger freiwillig Selbständige (zum Beispiel im immer mehr ausufernden Paketservice), Kleinunternehmen in der migrantischen Ökonomie. Menschen, die ihren Lebensunterhalt durch Prostitution verdienen, und sich teilweise in extremen Abhängigkeitsbeziehungen befinden. Menschen, die ohne Papiere in Deutschland leben und/oder arbeiten. Was passiert mit den Menschen in der Krise und nach der Krise? Der Reichtum der Gesellschaft und auch privilegierte Lebenssituationen von „besser Situierten“ profitieren vielfach von dieser Prekarisierung der Arbeitswelt. Sie sind ein Teil eines „funktionierenden“ Wirtschaftssystems. So kann das Schnitzel oder die Pizza auch deswegen so günstig sein, weil jemand unter Missachtung des Mindestlohns oder ohne legale Anstellung für 3 € die Stunde die Teller wäscht.

Wenn soziale Dienstleistungen ausgedünnt werden und ehrenamtliche Unterstützungsstrukturen – oft getragen von älteren Personen, die sich nun aus gutem Grund zurückziehen – wegfallen, trifft das die am härtesten, die sie am dringendsten brauchen. Der Rand der Gesellschaft droht in der Krise einfach wegzubrechen. Ins Bodenlose, weil es keinen doppelten Boden gibt.

Wenn in der Krise auf die Familie als Rückhalt gesetzt wird, mag da für viele auch eine Chance drin liegen. Für andere nicht. Sei es, weil sie keine haben, die Familie weit weg ist, oder der Kontakt zur Familie auch deswegen keinen Halt gibt, weil sie den eigenen Lebensentwurf so nicht akzeptiert. So ist zum Beispiel für viele queere und/oder trans Personen die Herkunftsfamilie kein Rückzugsort. Vielmehr werden Formen von Communities, Freundeskreise oder Wahlfamilien Orte, in denen Menschen zuhause sind und füreinander sorgen. Immer noch werden Normalitätskonstrukte, auf denen das Krisenmanagement aufbaut, vielen Menschen nicht gerecht.

Wir begrüßen, wenn Formulierungen in Anordnungen und Empfehlungen offen sind für verschiedene Formen des Zusammenlebens (z.B. Haushalte statt Familien). Dennoch bleibt die Sorge, dass in der Umsetzung und der Kontrolle von Ausgangsbeschränkungen enge Normvorstellungen handlungsleitend sein werden und bspw. gleichgeschlechtliche Paare und Patchwork-Familien eher mit Verdächtigung und Repressionen rechnen müssen, von racial profiling⁹ ganz zu schweigen.

Wenn nun zunehmend Ausgangssperren oder zumindest weitere Ausgangseinschränkungen kommen werden, kann das für manche Menschen, die Freiheitsentzug und besonders politischen Freiheitsentzug erlebt haben, ein enormer Trigger¹⁰ sein. Für Menschen mit Diskriminierungserfahrung kann dies eine erneute enorme Ohnmachtserfahrung darstellen, die sie

⁹ Siehe auch Fußnote 19.

¹⁰ Trigger bezeichnet ein Ereignis, das ein intensives Wiedererleben eines vergangenen Erlebnisses oder früherer [Gefühlszustände](#) auslöst. Das kann so stark sein, dass die Person unfähig ist, sie als Erinnerung zu erkennen und sie wie als aktuelles Ereignis erlebt.

ebenfalls stark triggern kann und Symptome wie Angst, Panik, körperliche Beschwerden, Schlafstörungen etc. zur Folge hat.

3. Wie können wir im eigenen Team mit Heterogenität umgehen?

Wie viele andere waren wir in unserem eigenen Team in den letzten Wochen und Tagen damit beschäftigt, Kolleg*innen vor Risiken zu schützen und unseren Beitrag zur Eindämmung des Virus zu leisten. Das bedeutet für uns, die Gefahr der Ansteckung und der Verbreitung des Virus anzuerkennen und unsere Arbeitsweise dementsprechend zu ändern. Aber bereits hier stellten sich die Fragen, wie es uns dabei gelingt, solidarisch und respektvoll miteinander umzugehen und auch zu berücksichtigen, wie verschieden bei uns im Team die Lebenssituationen sind und wie sie sich aktuell durch die Krise verändern.

Wie sicherlich an vielen Orten gab es auch bei uns unterschiedliche Herangehensweisen. So gab es die Idee, ruhig zu bleiben, nicht in Panik zu verfallen. Gleichzeitig die Sorge, durch das eigene Verhalten, andere Menschen, die aus verschiedenen Gründen, in einer prekären Situation sind, zu gefährden. Es gab das berechtigte Interesse, sich selbst zu schützen, aber auch das Interesse, Menschen, mit denen wir zusammenarbeiten, gerade in einer solchen Situation nicht allein zu lassen (siehe unten). Wir haben als Team entschieden, öffentliche Aktivitäten – auch bevor sie ohnehin untersagt wurden - so weit wie möglich einzuschränken und alle Aktivitäten mit Adressat*innen sehr sorgfältig zu prüfen. Wie viele haben wir überlegt, mehr noch die Möglichkeit des Homeoffice zu nutzen. Wir wollten aber niemanden dazu verpflichten, weil wir wissen, dass nicht alle die Möglichkeit haben, zuhause zu arbeiten. Wie viele haben wir die Kommunikation auf Video- und Telefonkonferenzen umgestellt, um niemand auszuschließen, die*der für sich entschieden hat, komplett zuhause zu arbeiten.

Durch die von uns oder anderen abgesagten Veranstaltungen und Aktivitäten können manche entschleunigen oder Dinge tun, die sonst zu kurz kommen. Andere kommen durch die wegfallende Kinderbetreuung dagegen noch mehr unter Druck, die anfallenden Aufgaben zu bewältigen. Wir versuchen dies so zu gestalten, dass wir diese Unterschiede durch Arbeitsverteilung in den Teams und Arbeitszeitregelungen eher ausgleichen als verstärken. Niemand soll aufgrund der Krise in Unterstunden gehen müssen. Und wir wollen uns auch umeinander kümmern: uns nicht komplett sozial voneinander isolieren.

Auch in unserem Team unterscheiden wir uns nicht nur in der Frage, ob wir Kinder zu versorgen haben, oder nicht. Wir gehören auch - ohne dass das alle wissen - zu Risikogruppen, oder nicht. Wir sind in unterschiedlicher Weise von Ausschlüssen und Barrieren durch Rassismus, Sexismus, Ableismus (Behindertenfeindlichkeit), Heteronormativität oder Transfeindlichkeit betroffen. Haben unterschiedliche Privilegien, Selbstverständlichkeiten und Sicherheiten. Was uns in der aktuellen Situation (wieder) bewusst geworden ist, ist die Frage, wie man diese Heterogenität in einem Team berücksichtigen kann, ohne irgendjemand sich erklären oder sehr persönlichen Themen preisgeben muss.

4. Wie gehen wir in unserer Arbeit mit den aktuellen Anforderungen und Widersprüchen um?

Bezogen auf die Arbeit mit unseren Zielgruppen waren wir wie viele andere gleichzeitig in besonderer Weise mit einem Widerspruch konfrontiert, der kaum auszuhalten und kaum aufzulösen ist: wie können wir uns selbst und insbesondere die Kolleg*innen, die selbst zu einer Risikogruppe gehören, oder engen persönlichen Kontakt mit gefährdeten Menschen haben, schützen, wie können

wir einen Beitrag leisten, über „Social Distancing“ die Ausbreitung des Virus einzudämmen, gerade um vulnerable Gruppen zu schützen, ohne dabei die Menschen, mit denen wir zum Teil über viele Jahre vertrauensvoll arbeiten, allein zu lassen. Auf der einen Seite hören wir die dringenden Apelle beispielsweise aus Communities junger Menschen mit Behinderung, sie zu schützen, indem wir zuhause bleiben und Kontakte aufs Mindeste reduzieren¹¹, auf der anderen Seite hören wir die ebenso dringende Aufforderung, die Angebote fortzuführen.

Für uns bedeutet diese Situation also auch, nach den Menschen zu schauen, mit denen wir arbeiten, sie nicht allein zu lassen und dafür, wenn irgend möglich, andere Formen zu finden, die der Heterogenität der Menschen gerecht werden.

In unseren Beratungsangeboten der Antidiskriminierungsberatung und der arbeitsrechtlichen Beratungsstelle mira („Mit Recht gegen Ausbeutung“) geht vieles auch telefonisch oder über unser online-Tool (www.adis-online.com). Wir erleben immer wieder komplexe Belastungssituationen aufgrund von Diskriminierung bei den Ratsuchenden, die am besten im persönlichen Kontakt besprechbar sind. Es stellte sich die Frage, ob Kolleg*innen im Einzelfall auch persönliche Beratungen anbieten sollen. Eine Frage, die nur von den Kolleg*innen aufgrund ihrer eigenen Situation zu beantworten ist.

In der **Antidiskriminierungsberatung**¹² erleben wir im Moment, dass sich die Lage für Menschen, die mit Diskriminierung konfrontiert sind, durch die Ausnahmesituation verschärft. Zudem fallen einige der üblichen Hilfestrukturen weg oder sind überlastet. Deshalb bieten wir derzeit auch unabhängig von konkreten Diskriminierungserlebnissen Menschen an, mit uns Kontakt aufzunehmen, um ihre Sorgen und Ängste loszuwerden¹³.

Bei der arbeitsrechtlichen Beratungsstelle **mira**¹⁴ erwarten wir einen Anstieg der Anfragen. Zielgruppe der Beratungsstelle sind Geflüchtete und „Drittstaatenangehörige“, die oft ohnehin sehr prekäre Arbeitsplätze haben und überdurchschnittlich von Verweigerung von Urlaub, Lohnzahlungen und unberechtigten Kündigungen betroffen sind. Sie werden auch jetzt die ersten sein, die in vielen Branchen unter der absehbaren Rezession zu leiden haben. Werden wir dann in der Lage sein, ihnen wirklich helfen zu können?

Eine sehr zugespitzte Situation erleben wir im Bereich **Empowerment**¹⁵. Zum Beispiel in unserer Arbeit mit Geflüchteten in Sammelunterkünften. Einmal die Woche arbeiten Kolleginnen mit Frauen in einer Erstaufnahmestelle. Das Angebot trägt dazu bei, dass die Frauen Solidarität in der Gruppe erleben, spüren, dass sie mit ihren Problemen, Bedürfnissen und Verletzlichkeiten nicht alleine sind. In den Treffen gibt es verschiedene Elemente, die die Frauen dabei unterstützen, mit ihren alltäglichen Problemen, wie z.B. Schlaf- und Konzentrationsstörungen oder körperliche Schmerzen besser umgehen zu können. Durch Bewegungs-, Atem- und Imaginationsübungen erleben die Frauen Leichtigkeit, Spaß und gleichzeitig Handlungsmacht, Tiefe und Gemeinschaft, was im oft tristen, vereinzelt Alltag voller Ohnmachtserfahrungen einen wichtigen Kontrapunkt setzt.

Dieses Angebot wäre jetzt wichtiger denn je. Aber wir können es nun nicht weiterführen. Zuerst selbst entschieden, weil viele Frauen aus Risikogebieten eingereist sind, später dann, weil die Unterkünfte für die Öffentlichkeit abgeriegelt sind. Wir lassen die Frauen in einer Situation alleine, in

¹¹ <https://dieneuenorm.de/coronavirus-risikogruppe-behinderung/>

¹² Unsere Beratungsstelle ist erreichbar über www.adis-online.com oder die Nummer 0049 7071 143 104 10 oder beratung@adis-ev.de

¹³ <https://adis-ev.de/blog/2020/03/23/update-zum-beratungsangebot/>

¹⁴ Im Programm „Faire Integration“; www.mira-beratung.de

¹⁵ Siehe zum Verständnis von Empowerment auch: <https://adis-ev.de/der-verein/empowerment/>

der sie in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden, also das Gelände nicht mehr verlassen dürfen oder die ganze Zeit für die Kinder zuständig sind und so keinen Freiraum haben, sich auch um sich selbst zu kümmern. In einer Situation, in der auch andere soziale Treffmöglichkeiten wie Deutsch- und Sportkurse oder Angebote von Ehrenamtlichen für die Kinder oder sie selbst wegfallen. Es bleibt Langeweile, Leere in diesem „Warteraum“. Dies fördert Depression und körperliche Symptome, was wiederum das Immunsystem schwächt und die Krankheitsanfälligkeit erhöht. Die Frauen in einer Situation allein zu lassen, ist für die Kolleg*innen kaum auszuhalten.

Bei ähnlichen Angeboten, bei denen wir bereits über längere Zeit Vertrauensbeziehungen aufgebaut haben, gibt es eher Möglichkeiten, individuell über Telefon und Chat Begleitung anzubieten.

Auch für die Jugendlichen, mit denen wir in dem Jugendempowermentprojekt **TALK**¹⁶ arbeiten, sind wir verantwortlich, können nicht jegliche Kontakte abbrechen und sie alleine lassen. Wir sind in der Verantwortung, uns zu kümmern. Wie es wahrscheinlich andern Mitarbeitenden in der Jugendkultur- und Jugendsozialarbeit geht, geht es auch uns. Wir fühlen uns hilflos und suchen nach Antworten. Wir realisieren das Dilemma, in dem wir stecken, und trotzdem fällt uns erstmal nichts Besseres ein, als alles abzusagen. Das dies aber bei den Jugendlichen ankommen könnte als Abbruch einer intimen, wichtigen Beziehung, vielleicht sogar als Vertrauensbruch und damit einhergehender Enttäuschung, ist uns bewusst. Gerade Menschen mit Diskriminierungserfahrungen haben schon oft erlebt, wie Beziehungen abgebrochen werden, Vertrauen missbraucht wird, sie sich allein gelassen und unverstanden fühlen. Wir wollen diese Erlebnisse nicht wiederholen mit einem kompletten Rückzug wegen des Virus. Die Jugendlichen, mit denen wir bei TALK zusammenarbeiten sind uns sehr ans Herz gewachsen, wir kennen sie teilweise seit Jahren, kennen ihre Ängste und Freuden, wissen um ihre Lebensumstände und Notlagen.

Wenn sie wie bisher von der „TALK Family“ sprechen, sollen sie nicht das Gefühl bekommen, dass das eine Illusion ist. Viele Formen von Wahlfamilien haben in den Leben der Menschen mit Diskriminierungserfahrungen eine große Bedeutung, weil die biologische Herkunftsfamilien oft Orte der Gewalt, des Unverständnisses und der Ausgrenzung sind. Darum suchen wir nach Möglichkeit des Kümmerns, des Kontakts, Wege, um unsere Zuneigung und unsere Liebe für sie spürbar zu machen. Ein komplettes physisches Begegnungsverbot ist gerade durch die gewohnte und für die Psyche dringend benötigte körperliche Nähe sehr schwierig. Im Moment sind die Jugendlichen von TALK in einer Warteposition, die sehr unangenehm ist: die Schulen sind zu, die Jugendhäuser ebenfalls, die Beratungsstellen sind nur noch telefonisch oder online zu erreichen. Sie warten auf unsere Angebote und kreativen Lösungsvorschläge, denn eins ist klar, es muss irgendwie weitergehen.

5. Wie kann bei staatlichen Entscheidungen Heterogenität und Vulnerabilität von Gruppen berücksichtigt werden?

Ausgehend von unseren eigenen Erfahrungen wollen wir auch einen vorsichtigen kritischen Blick darauf werfen, wie bei Entscheidungen von Bund, Land und Kommunen die Interessen von vulnerablen Gruppen berücksichtigt werden, so dass die Maßnahmen soziale Ungleichheit nicht noch vergrößern. So wie wir selbst in der Umsetzung unserer Angebote oft keine Antworten haben, wie die beschriebenen Dilemmata aufzulösen sind, so wissen wir auch, dass notwendige Maßnahmen auf

¹⁶ TALK ist ein wöchentliches Angebot der offenen Jugendkulturarbeit in Reutlingen: in HipHop-Tanz und Rap-Workshops werden Diskriminierungserfahrungen der Jugendlichen zur Sprache gebracht, durch Choreographien und Rap-Texte umgestaltet und in diesem kreativen Prozess bearbeitet, ausführlicher <https://adis-ev.de/der-verein/empowerment/t-a-l-k/>.

kommunaler oder staatlicher Ebene diese Widersprüche nicht auflösen können. Es macht aber einen Unterschied, ob verschiedene Perspektiven und heterogene Lebenssituationen in der Ausgestaltung der Maßnahmen mitgedacht, soweit wie möglich berücksichtigt und, wenn dies nicht möglich ist, zumindest kommuniziert werden¹⁷.

- Auf den ersten Blick leuchtet es ein, dass in dem Moment, in dem Kitas und Schulen geschlossen werden, auch **Spielplätze** abgesperrt werden, würde sonst die Begegnung und potenzielle Ansteckung nur verlagert. Wie beschrieben führt dies aber für viele zu ganz anderen Risiken. Wäre nicht auch denkbar, bei der Schließung der Spielplätze differenzierter vorzugehen? Könnte beispielsweise Personal aus Schulen oder Kitas nicht auch eingesetzt werden, um den Zugang nach sozialen Bedürfnissen zu regeln und den Ablauf so zu gestalten, dass die Ansteckungsgefahr minimiert wird? Wäre ähnliches nicht denkbar auf öffentlichen Plätzen? Der einfache Weg scheint, alle gleich zu behandeln. Mit Ausnahmen handelt man sich Konflikte ein, muss verhandeln und aushandeln. Aber alle gleich zu behandeln ist oft nur scheinbar gerecht.
- Solche Lösungen einer beschränkten Öffnung öffentlicher Räume wäre auch in Bereichen von **Jugendsozialarbeit** denkbar. Statt die mobile Jugendarbeit und Streetwork mit einem Begegnungsverbot zu belegen, könnten sie mit den Jugendlichen in vorsichtigen Kontakt gehen, um überhaupt noch mitzukriegen, in welchen Nöten sie vielleicht auch stecken. Dies bedeutet nicht, dass „Corona-Partys“ von den Ordnungsbehörden nicht aufgelöst werden können. Flankierend wäre aber wichtig, dies zu nutzen, um mitzukriegen, wenn es handfeste Gründe wie zum Beispiel häusliche Gewalt gibt, dass die Jugendlichen auf der Straße sind. Nebenbei würde ein sozialarbeiterischer Kontakt auch die Möglichkeit eröffnen, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass sie mit ihrem Verhalten sich und andere gefährden.
- Die **Schließung von Kitas und Schulen** stellt viele Familien und noch mehr Alleinerziehende vor große Herausforderungen, zumal wenn gleichzeitig die Sorge wächst, den Job zu verlieren oder auf einen Teil des Einkommens verzichten zu müssen. Für wen gilt hier die „Notversorgung“? Kann dies nur von den „systemrelevanten Arbeitsprozessen“ ausgedacht werden, oder könnte es auch bei sozialen Härten andere Lösungen geben?
- Darin wird auch die nach wie vor dominierende sexistische **Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen** wieder sichtbar und verstärkt. Die Schließung von Kitas und Schulen wird zum Großteil von Frauen aufgefangen. Viele Männer sehen die Versorgung der Kinder nach wie vor nicht als ihre Verantwortung. Andere fürchten den Verlust des Arbeitsplatzes, da auch viele Arbeitgebende in Männerberufen automatisch davon ausgehen, dass dies die Väter nicht betrifft. Wie könnten Arbeitgebende dazu motiviert werden, auch Vätern zu ermöglichen, ihren Beitrag leisten zu können?
- Mit der Schließung vieler Tafeln und ähnlicher Einrichtungen ist für viele Menschen am **Existenzminimum** eine existentielle Notsituation entstanden. Es gibt in der Zwischenzeit dazu viele Initiativen, dies aufzufangen. Wie kann organisiert werden, dass alle in der Not versorgt werden? Wie ist gesichert, dass niemand die Wohnung verliert oder den Strom abgestellt bekommt, weil er*sie es nicht bezahlen kann? Kann das Kurzarbeiter*innen-Geld so angehoben werden, dass Mieten bezahlt werden können?¹⁸

¹⁷ Es ist eher zu befürchten, dass die Maßnahmen von Menschen erlassen werden, die selbst wenig von den Auswirkungen auf vulnerable Gruppen wissen, da unter den Entscheider*innen wenig Menschen sind, die diese Perspektiven kennen.

¹⁸ Siehe zum Beispiel den Aufruf „Miete zahlen trotz Corona – 90% Kurzarbeitergeld jetzt!
<https://www.change.org/p/bundesregierung-miete-zahlen-trotz-corona-90-kurzarbeitergeld-jetzt>

- Eine umfassende und verständliche **Information** über den Virus und entsprechende Maßnahmen ist zentral wichtig. Doch an wen richten sich die Informationen? Sind sie in leichter Sprache verfügbar? Gibt es sie in verschiedenen Sprachen? Liegen sie auch für Blinde und Gehörlose vor?¹⁹
- In vielen Sammelunterkünften für Geflüchtete gibt es kein **freies W-Lan**. In Zeiten, in denen die Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist, wäre dies eine einfach zu realisierende Maßnahme, um Menschen in einer extremen Situation der Isolation soziale Kontakte und freie Information zu ermöglichen.
- Es gibt Berichte, dass bei den **Corona-Test-Drive-Ins** Personen nicht zugelassen wurden, die nicht mit dem Auto kommen. Dies betrifft viele Menschen, die keinen Zugang zu einem Auto haben. Insbesondere für Geflüchtete in Sammelunterkünften entsteht hier eine nicht zu akzeptierende Ungleichbehandlung. Wie kann hier mit mobilen Teststationen ein Ausgleich hergestellt werden?
- Wenn es bei Ausgangsbeschränkungen oder -sperren zu **Kontrollen** kommt, ist zu erwarten, dass polizeiliche Praktiken des Racial Profiling²⁰ auch hier ihre Fortsetzung finden. Unsere Befürchtung ist, dass Kontrollen nicht vorurteilsfrei durchgeführt werden und die Bewegungsfreiheit unterschiedlich eingeschränkt bzw. kontrolliert wird. Wie kann Politik dem entgegenwirken?
- Verwaltungen und Firmen ordnen **Homeoffice** an, Schulen stellen auf **häusliches Lernen** um. Wie kann hier gesichert werden, dass alle die gleichen Chancen haben, dies umzusetzen, auch wenn aufgrund von technischer Ausrüstung, Platz oder Lärm unterschiedliche Voraussetzungen da sind? Wie kann bei Bildungsmaßnahmen berücksichtigt werden, wer zuhause welche elterlichen Unterstützungsmöglichkeit hat? Wie kann aufgefangen werden, wenn Schüler*innen aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse mit den neuen Lernformen mehr Schwierigkeiten haben als andere? Was wenn die Hausaufgaben auch an einem fehlenden Drucker für die Arbeitsblätter scheitern?

Zu vielen der hier gestellten Fragen gibt es bereits erste positive Ansätze im Krisenmanagement von Politik und Verwaltung, sowie in zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen. Sie müssen verstärkt und über die Krise gesichert werden.

6. Die Krise vor dem Hintergrund der neoliberalen Zurichtung der Gesellschaft: Wer wird gewinnen, wer wird verlieren?

Die Corona-Gefahr legitimiert Maßnahmen, die mit dem berechtigten Interesse der Bekämpfung einer Pandemie, Menschenrechte und bürgerliche Freiheitsrechte aushebelt. Diese Maßnahmen müssen in einer Geschwindigkeit ergriffen werden, die demokratische Meinungsbildungsprozesse schwierig bis unmöglich macht. Wie kann sichergestellt werden, dass diese Prozesse noch während oder nach der unmittelbaren Krise nachgeholt werden? Wie können wir die notwendige

¹⁹ Viele offiziellen Erklärungen liegen bereits in einfacher Sprache vor und sind über Suchmaschinen auch auffindbar. Für Gehörlose gibt es Videoübersetzungen der offiziellen Erklärungen. Auch gibt es bereits viele, zum Teil auch von unten organisierte, Beispiele von Übersetzungen für Geflüchtete. Aber die Krise zeigt eben auch, dass das nicht selbstverständlich von Beginn an und flächendeckend institutionalisiert ist.

²⁰ Als Racial Profiling bezeichnet man die Praxis verdachtsunabhängiger und damit menschenrechtswidrige Kontrollen aufgrund äußerlicher Merkmale und rassistischer Stereotype durch Polizei und Sicherheitsbehörden. Ausführlicher auch verschiedene Beiträge in Prasad/Muckenfuss/Foitzik (Hrsg.) (2020): Recht vor Gnade - Bedeutung von Menschenrechtsentscheidungen für eine diskriminierungskritische (Soziale) Arbeit, Download: <https://adis-ev.de/blog/2019/12/18/recht-vor-gnade-bedeutung-von-menschenrechtsurteilen-fuer-die-diskriminierungskritische-soziale-arbeit/>

Differenzierung zwischen epidemologisch gebotenen Maßnahmen und nationalistischer Vereinnahmung aufrechterhalten?

Plötzlich kann Politik viel ermöglichen, was vorher wegen angeblicher Sachzwänge nicht vorstellbar war. Wie kann die in der Krise spürbare Handlungsmacht der Politik in die Zeit danach und auf andere/die darunter liegenden Problemlagen ausgeweitet werden? Oder besteht die Gefahr, dass je mehr der Staat die Initiative ergreift und damit auch die Rolle des nationalen Retters und Beschützers einnimmt, auch in Zukunft ein autoritärer Staat aus der Krise hervorgeht und von immer mehr Menschen auch legitimiert ist? Diese Entwicklung macht uns Sorgen.

Die Krise trifft dabei auf eine Gesellschaft, die in den letzten Jahrzehnten von drastischen Einsparungen und Kürzungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Sozialem geprägt ist, die im Namen des Marktes, des Profits, des Standorts durchgesetzt wurden. Es hat etwas Merkwürdiges, wenn nun die, die diese Einschnitte auch am eigenen Leib spüren und nun Angst vor den Konsequenzen der geschaffenen Ungleichheit haben, sich an den Staat als Retter wenden. Genau an den Staat, der den Mangel in vielen Bereichen der Gesellschaft, der jetzt in der Krise umso sichtbarer wird, selbst mitproduziert hat.

Manche derer, die in dieser Vereinzelung nach Hilfe schreien, bleibt nur die Hoffnung nach dem durchsetzungsfähigen Staat, da nichts Anderes mehr übrig zu sein scheint, auf das sie setzen können. Der neoliberal zurecht gestutzte „Sozialstaat auf Diät“ hat bereits zu Verlusten an Empathie und Entsolidarisierung geführt. Zu lange schon bestimmen diskriminierende Bilder von „Leistungsverweigerern“, „Schmarotzern“, „Faulen“, „Arbeitsscheuen“, „Wirtschaftsflüchtlingen“, Leuten „die sich ausruhen, in der sozialen Hängematte“ die Diskurse rund um Hartz 4 und des Abbaus des Sozialstaates.

Gegendiskurse haben es schwer. Jede Kritik an staatlichen Maßnahmen steht unter dem Verdacht, die Epidemie nicht ernst genug zu nehmen. Mit welcher Selbstverständlichkeit werden im Schatten von Corona ohne kritisches Hinterfragen Grenzen geschlossen, das Militär für zivile Aufgaben eingesetzt, Bewegungsdaten für die massenhafte Kontrolle eingesetzt.

Die Corona-Krise trifft auf viele alltäglichen Krisen, spitzt sie zu und verdrängt sie gleichzeitig aus der Wahrnehmung. Die Situation an den europäischen Außengrenzen ist hier das sichtbarste Beispiel. Wie werden unter diesen Vorzeichen die Voraussetzungen sein, die Bedingungen mitzubestimmen, wie die mittel- und langfristigen Folgen der aktuellen Krise bewältigt werden? Welche Rettungsschirme werden gespannt, welche müssen erkämpft werden. Wer kann sie erkämpfen?

Dies wird uns auch in unserer eigenen Arbeit betreffen. In den letzten Jahren sind unzählige zivilgesellschaftliche Organisationen entstanden, die sich für eine menschenfreundliche Welt einsetzen. Eine Welt, in der die Menschenrechte und nicht Profitinteressen der Maßstab für die Gestaltung der Gesellschaft sind. Organisationen, die die Demokratie verteidigen gegen Kräfte, die schon lange einen autoritären Staat wollen und offen rassistisch sind. Organisationen, die Menschen unterstützen, die rechte Gewalt und Diskriminierung erleben. Die allermeisten dieser Organisationen sind über Projekte finanziert und stehen als erstes auf der Kippe, wenn die öffentlichen Kassen leer sind. Schon lange wird ein Demokratiegelgesetz gefordert, das diese Aufgaben als Pflichtaufgabe absichert. Da wir dies bisher noch nicht durchsetzen konnten, haben viele Organisationen aus gutem Grund Sorge, wie die wichtige Arbeit weitergeführt werden kann.²¹

²¹ Der Paritätische hat darüber hinaus darauf hingewiesen, dass diese Organisationen in der Regel als gemeinnützige Vereine organisiert sind, die kaum Rücklagen bilden dürfen. Auch hier braucht es Rettungsschirme, dass diese Vereine die Krise überleben, ohne insolvent zu gehen. <https://www.der-paritaetische.de/presse/paritaetischer-schlaegt-alarm-soziale-dienste-sollen-wider-erwarten-nicht-unter-corona-schutzschirm-f/>

7. Solidarität in Zeiten des Social Distancing

Eine körperliche Distanzierung muss nicht soziale Isolation bedeuten. Solidarität tut Not und ist in unglaublich vielen kreativen Initiativen auch zu beobachten. Das macht Mut. Solidarität heißt konkret sein! Solidarität heißt nicht nur an sich zu denken und aus der eigenen (eingeschränkten) Perspektive zu denken und zu handeln. Solidarität heißt, sich um das Wohl aller zu kümmern, in unterschiedlichen Lebenslagen und mal genau hinzuhören, was Menschen sagen und welche Forderungen oder Hilfsanfragen sie haben. Solidarität ist eine kollektive Angelegenheit. Das bedeutet im ersten Schritt Vereinzelung, Vereinsamung und Isolation entgegenzuwirken. Der Mensch ist keine Insel. Spätestens in der Krise wird deutlich, dass das neoliberale „Individuum“ alleine nicht bestehen kann. Die gesellschaftlichen Herausforderungen können wir nur gemeinsam und solidarisch lösen.

Aber wer ist dieses „wir“? In der aktuellen Situation muss sich Solidarität aber immer auch damit beschäftigen, dass in Krisensituationen die Idee der Nation eine merkwürdige Renaissance erlebt. Das Krisenmanagement erfolgt vorwiegend auf nationaler Ebene. Lösungen werden weniger in internationaler Zusammenarbeit gesucht als in nationalen Alleingängen, im föderalen Deutschland ergänzt durch Alleingänge der Bundesländer. Die vermutlich wenig zielführende Schließung der nationalen Grenzen reproduziert und verstärkt dieses nationalstaatliche Denken.

Ein von oben angerufenes „Wir“ ist immer ausschließend gedacht. Es ist kein Zufall, dass die eskalierende Situation an den europäischen Außengrenzen, wie auch der rassistische Anschlag in Hanau medial kaum mehr eine Rolle spielen. Wie kann eine Solidarität aussehen, die dagegen eine antirassistische Perspektive als Ausgangspunkt nimmt?

Der Ansatz des **Powersharing** kann uns helfen, Fragen zu stellen, so dass Privilegien bewusst mitgedacht werden, und auch genutzt und eingesetzt werden für andere. Unter dem Begriff Powersharing werden Konzepte diskutiert, wie Menschen in privilegierten Positionen sich in einer diskriminierungs- und machtkritischen Perspektive mit der jeweiligen Position auseinandersetzen. Powersharing wird von Gabriele Rosenstreich folgendermaßen skizziert: „Diejenigen, die die Macht haben, die bereits über Ressourcen verfügen und sogar über den Zugang zu Ressourcen bestimmen können (...), können sich ansatzweise entscheiden, nicht selber direkt zu diskriminieren sowie Unterdrückungsstrukturen nicht mitzutragen, sie können gegen Diskriminierung eintreten. Und sie können einen direkten, solidarischen Beitrag zu Empowerment leisten, aus der Position der relativ Privilegierten heraus, in dem sie ihre Macht mit minorisierten Gruppen teilen“ ²².

Bezogen auf den diskriminierungskritischen Umgang mit der Corona-Krise könnten folgende Fragen hilfreich sein:

- Wie können alle ihre jeweilige Macht im Sinne von Gestaltungsmöglichkeiten auf struktureller und institutioneller Ebene so einsetzen und teilen, dass weniger privilegierte Menschen ihre Gestaltungsmacht über die eigenen Lebensbedingungen ausüben und erweitern können, sich also empoweren können?
- Wie können wir alternative Räume für Menschen bereitstellen, um sich auszuruhen, um Gewaltfreiheit zu erleben, um Austausch mit Gleichgesinnten zu haben, um zu erleben, ich bin nicht ganz allein?
- Wie können wir die Stimmen der Menschen hörbar machen, die zu wenig gehört werden?
- Welche Gruppen werden vergessen, wenn in „Nachbarschaften“ gedacht wird? Wie heterogen sind diese Nachbarschaften?

²² Rosenstreich, G. (2018): Empowerment und Powersharing — eine Einführung, in: Überblick – Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismussarbeit in Nordrhein-Westfalen, Download: www.ida-nrw.de/fileadmin/user_upload/ueberblick/Ueberblick_022018.pdf

- Wie kann eine Solidarität aussehen, die horizontal gedacht wird, also Gruppen verbindend, die in ganz unterschiedlicher Weise auf Bündnisse und Hilfe angewiesen sind?
- Wie können wir auf Menschen zugehen, die sich nicht an verordnete Einschränkungen halten und dabei nicht vorschnell urteilen, da man nicht weiß, was die Gründe dafür sind?
- Wie können wir die in verschiedenen Gruppen immer schon praktizierte „Solidarität abseits der bürgerlichen Norm“ – in Wahlfamilien, Communities, Wohnprojekten ... – wahrnehmen, wertschätzen und zum Beispiel nehmen?
- Wie können wir Räume schaffen für den Austausch mit und zwischen diesen Gruppen, um voneinander zu lernen und diese Kooperation nach der Krise zu verstetigen?
- Wie können die (Menschen-)Rechte genutzt werden, um auch angesichts der Krise, Menschen vor Würdeverletzungen zu schützen?²³

Die Krise betrifft uns alle, aber sie betrifft uns nicht alle gleich. Wenn Solidarität sich der nationalen Verengung entzieht, liegt in der aktuellen Krise auch eine Chance. Es sei zum Schluss in Tübingen an seinem 250. Geburtstag erlaubt, Friedrich Hölderlin zu zitieren. „Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch!“

*Einige Kolleg*innen aus dem Team von „Amplifying Voices“²⁴ und andere Kolleg*innen von adis e.V.
14. März 2020*

23 Vgl. auch Prasad/Muckenfuss/Foitzik (Hrsg.) (2020): *Recht vor Gnade - Bedeutung von Menschenrechtsentscheidungen für eine diskriminierungskritische (Soziale) Arbeit*, Download: <https://adis-ev.de/blog/2019/12/18/recht-vor-gnade-bedeutung-von-menschenrechtsurteilen-fuer-die-diskriminierungskritische-soziale-arbeit/>

24 Amplifying Voices heißt übersetzt die Verstärkung von Stimmen. In politischen Aushandlungsprozessen bleiben die Stimmen und Perspektiven von Menschen mit Diskriminierungserfahrungen oft ungehört und unsichtbar – sie bekommen keinen Raum, keine Resonanz und erst recht kein Mikrofon. Das Projekt beschäftigt sich damit, welche wichtige Rolle Empowerment(gruppen) bei der Verstärkung von Stimmen spielen und wie es gelingen kann, dass diese Stimmen von Kommunen und Institutionen nicht nur gehört werden, sondern auch Hintergrundgeräusche wie Rassismus, Ableism und Cis-Heteronormativität abklingen.
Das Projekt wird als Bundesmodellprojekt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom BMFSFJ gefördert.

Das Projekt Amplifying Voices wird als Bundesmodellprojekt im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ vom BMFSFJ gefördert.

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/die Autorinnen die Verantwortung.